

02.12.2014

Niederschrift 005/2014

Jugendhilfeausschuss

am 12.11.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Theodor Rieke

Kreistagmitglieder SPD

Frau Aileen Droll

Frau Ursula Lindstedt

Frau Bärbel Schmidt

Kreistagmitglieder CDU

Frau Claudia Gebhard

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Dipl.-Ing. Olaf Lauschner

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Ordentliches Mitglied

Frau Rosemarie Böhme

Frau Wibke Knoche

Herr Achim Schwarz

Frau Petra Stoltefuß

Stellvertretendes Mitglied

Herr Mario Lerch

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Marc Beckmann

Herr Roland Froch

Herr Jörg Hüchtmann

Herr Huu Phuoc (Josef) Le

Herr Detlef Maidorn

Herr Heiner Redeker

Herr Alexander Schieweck

Frau Dr. Petra Winzer-Milo

Verwaltung

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Frau Sandra Waßen, Fachbereichsleiterin

Herr Edmund Friederichs, Sachgebietsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er weist auf eine Änderung in der Geschäftsordnung hin, und bittet demnach alle die zu einem früheren Zeitpunkt die Sitzung verlassen möchten, sich entsprechend bei der Schriftführerin abzumelden. Herr Rieke teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.10.2014 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Ferienspaß 2014;
Mündlicher Bericht
- Punkt 3** 155/14 Produkthaushalt 2015 - Budget 51 Familie und Jugend
- Punkt 4** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2**Ferientspaß 2014;
Mündlicher Bericht**

Herr Friederichs führt aus, dass der Fachbereich Familie und Jugend seit den 1970er Jahren in den Sommerferien in Bönen (seit 1976), in Fröndenberg/Ruhr (seit 1977) und in Holzwickede (seit 1978) Ferienspaßaktionen für Kinder und Jugendliche durchführe. Diese Angebote sollen den Kindern und Jugendlichen Anregungen für eine sinnvolle und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung in den Ferien und darüber hinaus zur weiteren Beschäftigung ermöglichen. Bei der Durchführung dieser Programme sei der Fachbereich auf die Unterstützung von Vereinen, Jugendverbänden, anderen Institutionen und Einzelpersonen angewiesen. Für die Vereine und Verbände würden diese Aktionen die Möglichkeit bieten, in eigener Sache Werbung machen zu können, zum Beispiel in Form von Schnupperangeboten; es betreffe vor allem den Sportbereich. Einige Besucher würden danach sogar Mitglied im Verein oder Jugendverband, somit sei es im Prinzip auch eine Nachwuchsförderung. Durch die Kombination von professioneller Begleitung durch die Treffpunkte vor Ort und ehrenamtlichem Engagement sei es möglich, für relativ wenig Geld in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede ein ansehnliches Programm für Kinder und Jugendliche, mit und ohne Behinderung, an fast jedem Tag in den Sommerferien auf die Beine stellen zu können. In diesem Jahr hätte man in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede mit insgesamt 137 Veranstaltungen in sechs Wochen 4.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Würden die Besuche der mehrtätigen Angebote extra gezählt, dann käme man sogar auf 7.134 Besuche. In Bönen hätte es 37 Veranstaltungen mit 633 Teilnehmern und 1.146 Besuchen, in Fröndenberg/Ruhr 46 Veranstaltungen mit 1.604 Teilnehmern und 3.200 Besuchen und in Holzwickede 54 Veranstaltungen mit 1.702 Teilnehmern und 2.788 Besuchen gegeben. Insgesamt seien acht Veranstaltungen mangels Nachfrage bzw. schlechtem Wetter ausgefallen. Neben den Ferienspaßangeboten für daheimgebliebene Kinder und Jugendliche hätten auch wieder die beliebten Freizeiten stattgefunden, wie zum Beispiel die traditionelle Costa Brava-Freizeit mit 50 Kindern und Jugendlichen. Aber auch die Jugendverbände, Sportvereine und Kirchengemeinden in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede hätten sich engagiert, wie die Förderung durch den Kinder- und Jugendförderplan belege.

Herr Rieke ergänzt, dass die Ferienspaßaktionen in den Kommunen gut angenommen und die Vereine und Institutionen sich sehr rege beteiligen würden.

Punkt 3 155/14 Produkthaushalt 2015 - Budget 51 Familie und JugendErörterung

Herr Rieke teilt mit, dass in diesem Haushalt besonders deutlich würde, dass die u3-Betreuung nicht umsonst sei. Die im Haushalt dargestellten Steigerungen ließen sich fast ausschließlich über die Ausweitung der u3-Betreuungen feststellen. So habe man es gewollt und daher müsse man jetzt auch die Folgekosten tragen.

Frau Waßen berichtet zum Haushalt anhand einer Folienpräsentation. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Sie teilt mit, dass es 2013 im Jahresergebnis einen Rückgang der differenzierten Kreisumlage gegeben hätte, mit einer Summe von rund 1,6 Millionen Euro. Diese Summe sei dadurch entstanden, dass einige Zahlungen, die noch in dem Jahr hätten vorgenommen werden sollen nicht mehr zur Auszahlung gekommen seien. Seit 2013 gebe es hier eine geänderte Verfahrensweise in der Rechnungsabgrenzung. Diese hohe Summe in Höhe von 1,6 Millionen Euro solle sozusagen als Überschuss im Jahr 2015 den drei Jugendamtskommunen Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede ausgezahlt werden. Der in den Kommunen entstehende Mehraufwand würde durch diese Zahlung ungefähr ausgeglichen.

Die fehlende Auszahlung im Jahr 2013 hätte allerdings dazu geführt, dass im aktuellen Haushalt 2014 voraussichtlich ein Defizit in Höhe von rund 500.000,00 Euro erwirtschaftet werde. Das müsse dann im übernächsten Jahr von den Kommunen zurückgefordert werden. Früher hätte es eine Spitzabrechnung gegeben und heute würde der Mehraufwand bzw. der Ertrag in das übernächste Jahr fortgeschrieben und dann käme es zur Rückforderung bzw. Auszahlung.

Zur KiBiz-Pauschale führt Frau Waßen aus, dass diese pro Kind gezahlt würde und die Auszahlung über das Jugendamt erfolge. Je nach Träger würde dem Jugendamt ein unterschiedlich hoher Landesanteil erstattet. Das Jugendamt erhalte zudem die Elternbeiträge. Darüber hinaus hätte es einen gesetzlichen Anteil zu leisten, dieser sei auf Folie Nr. 6 dargestellt. Der letztlich noch von den Trägern zu leistende Anteil richte sich danach, ob es sich um einen kirchlichen Träger, einen sogenannten armen Träger - in unserem Bereich Deutsches Rotes Kreuz (DRK) oder Arbeiterwohlfahrt (AWO) – oder um eine Elterninitiative handele. In Bönen zahle das Jugendamt für das Kindergartenjahr 2014/2015 (August bis Juli) den gesetzlichen Anteil in Höhe von 3,68 Millionen Euro plus 230.000,00 Euro freiwillige Zuschüsse. In Fröndenberg betrage der gesetzliche Anteil 3,67 Millionen Euro plus 220.000,00 Euro freiwillige Zuschüsse und in Holzwickede liege der gesetzliche Anteil bei 3,94 Millionen Euro plus 230.000,00 Euro freiwillige Zuschüsse. Es handele sich um einen hohen Betrag, dafür sei in den letzten Jahren der Ausbau der Kindertagesbetreuung aber auch soweit vorangetrieben worden, dass der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung bisher in allen Fällen erfüllt werden könne.

Frau Waßen bedankt sich für den Bereich Holzwickede bei den Trägern und Einrichtungen, heute speziell bei dem anwesenden Herrn Schwarz von der AWO, denn es sei zur Bedarfsdeckung der u3-Plätze gelungen, in Holzwickede eine zusätzliche Gruppe einzurichten. Die Gruppe „Sonnenkäfer“ sei heute offiziell eröffnet worden und dort hätten 15 Kinder untergebracht werden können. Die Containeranlage sei schnell realisiert worden, von der ersten Planung (Juli 2014) bis zur Inbetriebnahme (01.11.2014) wären gerade einmal vier Monate verstrichen.

Für den Bereich „Hilfen zur Erziehung“ hätte es vor einigen Jahren eine Untersuchung durch die Firma Rödl & Partner gegeben und im Anschluss seien verschiedene Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen worden. Dies habe unter anderem dazu geführt, dass Kinder, die nicht mehr im Haushalt ihrer Eltern verbleiben könnten, nach Möglichkeit statt in einem Heim in einer familienähnlichen Struktur in einer Pflegefamilie untergebracht würden. Dies biete für die Kinder einen geringeren Eingriff bzw. bessere Chancen und außerdem sei es aus Kostengesichtspunkten erheblich günstiger.

Für das nächste Jahr werde ebenfalls mit aktuellen Ansätzen geplant, aber es gebe in diesem Bereich unkalkulierbare Entwicklungen. Beispielsweise hätte das Jugendamt vor kurzem die Kostenanforderung einer Kommune erreicht, die erst jetzt festgestellt hätte, dass der Kreis Unna aufgrund des Zuzuges der Eltern zuständig sei. Somit sei man mit einer im Vorfeld nicht bekannten Kostenerstattungsforderung in Höhe von 170.000,00 Euro konfrontiert worden, ohne diesen Betrag vorab im Haushalt berücksichtigen zu können. Auch müsse nur eine Familie mit mehreren Kindern zuziehen die untergebracht seien und schon würden sich die Kosten anders darstellen.

Im Rahmen der schon angesprochenen Konsolidierungsmaßnahmen sei auch die niedrigschwellige ambulante Hilfe, die soziale Gruppenarbeit, ausgebaut worden. Dadurch hätte im Bereich der kostenintensiven sozialpädagogischen Familienhilfen eingespart werden können.

Problematisch sei im Bereich 51.2 aktuell die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche nach § 35 a SGB VIII. Bei einem Großteil der Fälle im

Bereich der Eingliederungshilfe handele es sich um die Schulbegleiter. Dies sei eine deutliche Folge der Inklusion und es gebe immer mehr Anträge auf eine entsprechende Schulbegleitung. Eine Schulbegleitung betrage im Schnitt über das Jahr gesehen rund 20.000,00 Euro pro Kind. Es gebe einen Arbeitskreis mit allen Jugendämtern im Kreis Unna, dem Fachbereich Arbeit und Soziales sowie dem Fachbereich Schulen und Bildung. Dort werde nach einer gemeinsamen Lösung gesucht, um im Interesse aller Beteiligten gegensteuern zu können.

Herr Sparbrod teilt mit, dass gestern eine Tagung der Jugend- und Sozialdezernenten beim Landkreistag stattgefunden hätte. Zwischenzeitlich sei diese Problematik überall aufgetreten, es gebe überall Kostensteigerungen, nicht nur in der Jugendhilfe. Ganz gewaltig sei die Steigerung in der Sozialhilfe, dort handele es sich auch um ganz andere Personengruppen. Er denke, wenn man das gesamte Kreisgebiet zusammenrechne, auch mit den anderen Jugendämtern, dann würde sich eine Gesamtausgabesumme in Höhe von ca. 4 Millionen Euro ergeben. Bei der Tagung sei abgestimmt worden, dass nicht nur an den Förderschulen des Kreises die Poolbildung zwischen Jugend- und Sozialhilfe genutzt werde. Es gebe auch die Absprache sowie die Unterstützung der Städte und Gemeinden, im nächsten Jahr an allen Schulen bis zum Schuljahreswechsel, dort wo mehrere Kinder begleitet werden, nicht jedem einzelnen Kind eine Schulbegleitung zu bewilligen. Es werde geschaut, wer welche Hilfen nötig hat, um auch hier in eine Poolbildung gelangen zu können. Ob das durchführbar sei wisse er noch nicht, denn das werde die weitere Entwicklung zeigen. Alleine in der Sozialhilfe hätte es in diesem Jahr fast 50 Neuanträge gegeben und das könnte in den nächsten Jahren genauso weitergehen.

Auf Anmerkung von Herrn Schwarz äußert Herr Sparbrod, dass selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit den Verbänden und allen Anbietern auf diesem Sektor stattfinden solle, mit einer Entwicklung in diese Richtung. Ob es gelingen werde, das bliebe abzuwarten. Er wisse nur, dass an den Förderschulen, in Verbindung und in Absprache mit den Schulen und den dortigen Eltern sei es gelungen von Einzelbewilligungen weg zu kommen und der Schule dennoch ein bestimmtes Quantum an Stunden zuzugestehen. Die Begleitnehmer würden nach der von der Schule bewerteten Notwendigkeit zum Einsatz kommen. Eine Umsetzung solle zunächst versucht werden, auch die Eltern müssten von dem Modell entsprechend überzeugt werden. Es ginge nicht darum, Geld zu sparen, sondern jedes Kind mit einem Bedarf solle eine Hilfe erhalten. Welches Kind welche Hilfe benötige werde im Einzelfall abgestimmt.

Herr Rieke führt aus, hier müssten Standards entwickelt werden und selbstverständlich stünde das Kindeswohl immer im Vordergrund. Es müsse aber auch alles finanziert werden und darüber müsse sich der Ausschuss Gedanken machen. Er bittet alle Fraktionen und Gruppen um eine entsprechende Mitarbeit.

Herr Kampmann (Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm) teilt mit, dass der Unterschied, wenn ein Kind einen Anspruch nach SGB VIII und ein anderen nach SGB XII habe, rechtlich bzw. finanziell schwer zu händeln sei. Des Weiteren möchte er darauf hinweisen, dass häufig ein Schulbegleiter da sei, aber keine vernünftige Abstimmung zwischen den Lehren und der Einrichtung stattgefunden hätte. Dort sei nicht klar gewesen, was benötigt werden und was nicht. Dies bei einer Poolbildung sicherstellen zu können, sei ein interessantes Projekt und die Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm unterstütze es.

Herr Sparbrod antwortet, dass im Jugendhilfebereich durch die psychologische Beratungsstelle eine Abklärung erfolge, ob eine Einzelhilfe oder eine Regelung über den Pool erfolge. In der Sozialhilfe setze man sich in einer Runde mit mehreren Fachkräften zusammen und überlege, wie der Bedarf des Kindes abgedeckt werden könnte. Einzelhilfen würden nicht von vornherein ausgeschlossen, sondern es werde geschaut, ob nicht eine Begleitung zwei Kinder betreuen könnte. Hier sei man auch auf den Sachverstand der Schule angewiesen.

Herr Rieke sei jedem dankbar, der versuche eine Lösung zu finden und die AG Wohlfahrt werde hier auch unterstützend tätig sein, so dass man in diesem oder im nächsten Jahr zu Lösungen kommen müsse.

Frau Waßen setzt ihren Bericht zum Haushalt fort und teilt mit, dass über die Änderungsliste noch einige kleinere Korrekturen eingebracht werden. Im Bereich der Inobhutnahme läge ein Ansatz in Höhe von 165.000,00 Euro vor, dieser werde aufgrund einer erfreulichen Entwicklung in diesem Jahr um 25.000,00 Euro und somit auf 140.000,00 Euro heruntersgesetzt. Des Weiteren gebe es eine Änderung im Budget 60, Bauunterhaltung. In Absprache mit dem Fachbereich 60 werde bei den Maßnahmen für die Jugendzentren ein Betrag in Höhe von 20.000,00 Euro abgezogen.

Zum Stellenplan 2015 erörtert Frau Waßen, dass es grundsätzlich in der „Villa Kunterbunt“ für das nächste Jahr zu einer weiteren Einsparung von zwei festen Stellen hätte kommen können, die zurzeit weder besetzt noch finanziert würden. Aber es gebe zwei Mitarbeiterinnen (unbefristet), die sich in Elternzeit befänden und insofern würden diese Stellen noch entsprechend freigehalten.

Frau Gebhard regt zur Überlegung an, etwas an der geringen Anzahl an Psychotherapeuten und Neurologen zu ändern. Daran müsse gearbeitet werden, denn die reine Beobachtung durch die Kassenärztliche Vereinigung, ob es im Ruhrgebiet an entsprechenden Niederlassungen mangle, ginge an der Problemlage vorbei. Im Jugendbereich gebe es hier einen dringenden Bedarf und sie wünsche sich eine Einbringung in die Politik sowie eine bessere Regelung.

Frau Waßen antwortet, dass das Problem durchaus bekannt sei, bei den niedergelassenen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendpsychiatern gebe es Wartezeiten von bis zu über einem Jahr. Deutlich werde diese Problematik auch im stationären Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, wo es auch immer kürzere Verweildauern der Kinder gebe. Lt. Aussage des ärztlichen Direktors der Kinder- und Jugendpsychiatrie Hamm handele es sich inzwischen bei rund 70 Prozent der Aufnahmen um Notfallaufnahmen. Dies bedeute, dass die angestrebte reguläre Aufnahme im Rahmen der Diagnose immer weiter nach hinten verschoben werde. Für Kinder und Jugendliche stelle das ein deutliches Problem dar, zumal diese in ihrer Persönlichkeit noch nicht gefestigt seien.

Herr Sparbrod ergänzt, dass alles protokolliert werde und dann entsprechend an den für den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz zuständigen Dezernenten Herrn Wigant weitergeleitet werde, denn dieser Bereich müsse sich mit der Thematik befassen.

Frau Waßen erläutert den Haushalt weiter und berichtet zum Rückblick 2014 sowie zum Ausblick 2015. Zur Umsetzung der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zum Betreuungsrecht führt sie aus, dass die Betreuungsstelle neue Aufgaben habe. Seit dem 01.07. gebe es das Gesetz zur Stärkung der Aufgaben der Betreuungsstellen. Die Betreuungsstellen würden im Rahmen der gerichtlichen Betreuung über Sozialberichte etc. intensiver eingebunden. Insbesondere solle die Betreuungsstelle Angehörige sowie entsprechende Antragsteller beraten, welche Alternativen es zu Betreuungen, gerichtlich eingerichteten Betreuungen gebe. Hier müssten die Kollegen intensiv in die Kommunen gehen um zu schauen was vor Ort angeboten würde. Die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren bliebe abzuwarten, gerade mit Blick auf den demografischen Wandel.

Abschließend teilt sie mit, dass bereits Gespräche mit den drei Jugendamtskommunen Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede stattgefunden hätten und diese den Haushalt unterstützen würden.

Im Anschluss beantworten Frau Waßen und Herr Sparbrod Verständnisfragen aus dem Ausschuss.

Anlagen

Präsentation “Produkthaushalt 2015 für das Budget 51 – Familie und Jugend”

gez. Theodor Rieke
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin